

## Stellungnahme zur Vernehmlassung Leistungsanalyse

Ihr Kontakt: Barbara Portmann, 079 716 68 35, [barbara.portmann@grunliberale.ch](mailto:barbara.portmann@grunliberale.ch)

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir Grünliberalen die Gelegenheit wahr, unsere Stellungnahme zur Leistungsanalyse wie folgt abzugeben:

### Zusammenfassung

Die Grünliberalen sind einverstanden damit, dass eine Leistungsanalyse durchgeführt wird. Sie begrüßen verschiedene der Massnahmen, lehnen aber einige deutlich ab. Auf Massnahmen, welche übergeordneten Zielen zuwiderlaufen, oder bei denen sich schon im Voraus höhere Folgekosten erwarten lassen, soll verzichtet werden. Die Grünliberalen befürchten weiter, dass nicht überall bei der Evaluation der Massnahmen genügend tief deren nachhaltigen Auswirkungen geprüft wurden. Bei den Massnahmen in der Kompetenz des Grossen Rates wurden die Auswirkungen jeweils kurz erwähnt, bei denjenigen in der Kompetenz des Regierungsrats fehlen sie. Im Sinne des Öffentlichkeitsprinzips verlangen die Grünliberalen auch bei letzteren eine vollständige Darlegung der jeweils erwarteten Auswirkungen.

Ein strukturelles Defizit darf nicht nur ausgabenseitig angegangen werden. Die Einnahmeseite muss zwingend genauso beachtet werden. Es wird - nach wie vor - ausserordentlich bedauert, dass der Regierungsrat die Steuergesetzrevision als verkraftbar beurteilt hat - obwohl er deren Inkraftsetzung staffeln musste (nach dem „Prinzip Hoffnung“, weil nicht verkraftbar). Ein komplexes Problem lässt nicht mit simplen Rezepten lösen. Für eine tragfähige Lösung braucht es alle Bestandteile: Leistungsüberprüfung, Personaldiskussion und Einnahmenerhöhung.

### Allgemeine Bemerkungen

- Regelmässige Überprüfungen von Aufgaben, Einnahmen, Kostendeckung, Kostensteigerungen u.ä. sind aus Sicht der GLP nötig. Von diesem Grundsatz her wird ein Projekt Leistungsanalyse, welches diesen Namen verdient, begrüsst.
- Strukturelle Defizite sind zu vermeiden, Schulden sind abzubauen.
- Ein Budget sowie dessen Beurteilung sind von sehr vielen Variablen abhängig. Wir stellen fest, dass diverse Variablen im AFP wiederholte Male nicht konsistent und einheitlich gewählt wurden (z.B. Zunahme Bevölkerung u.ä.). Vorsichtiges Budgetieren erachten wir als richtig, Panikmache hingegen nicht. Insbesondere im Vergleich mit andern Kantonen ist Alarmstimmung nicht sachgerecht.
- Eine sorgfältige Analyse umfasst Einnahmen und Ausgaben. Bei der erst kürzlich erfolgten Einnahmenreduktion mit der Steuergesetzrevision wurde uns diese immer wieder als verkraftbar verkauft, obwohl sie gestaffelt in Kraft gesetzt werden muss, frisch nach dem „Prinzip Hoffnung“. Dies passt nicht zusammen, es sei denn, ein Sparpaket sei genau das, was im Parteiprogramm steht.

### **Beurteilung der Methodik:**

Die Schnürung zu einem nicht auftrennbaren Gesamtpaket mag aus Sicht Regierungsrat taktisch geschickt sein (aber wirklich nur aus Sicht der Regierung), denn die Exekutive erhält dadurch viel mehr Einfluss auf Kosten der Legislative. Dazu gehört, dass erst kürzlich beschlossene Kredite und Programme bzw. Ziele im AFP nicht respektiert werden. Gewisse Beratungen im Rahmen des Budget 2014 wurden damit postum zur Farce.

Die Architektur des Projekts erachten die Grünliberalen als im Grundsatz richtig. Die Umsetzung in den Departementen hingegen scheint unterschiedlich gut funktioniert zu haben. Die Abteilungen wurden in gewissen Departementen zu wenig angehört und einbezogen, womit das Gefühl entstand, es habe es sich um ein eigentliches Geheimpaket auf Stufe Generalsekretariate gehandelt. Dieser Architektur ist wohl auch zu verdanken, dass nahezu keine Massnahmen im Bereich der Stäbe, Kommunikation u.ä. in den Departementsleitungen vorgesehen sind.

Das Projekt stand unter erheblichem Zeitdruck, was sich in der Qualität niederschlug. So wurden diverse Massnahmen bezüglich Kompetenz falsch zugeordnet. Auswirkungen auf andere Politikbereiche und auf die Volkswirtschaft sowie Abklärung betreffend Nachhaltigkeit fehlen weitgehend. Finanziell werden sich solche Unterlassungen nicht auszahlen bzw. es drohen bei gewissen Massnahmen gar zusätzliche Folgekosten – seien sie auf kantonaler Ebene oder bei den Gemeinden.

Völlig ausgeblendet wurde (für die Grünliberalen unverständlich) die Frage der Kostendeckung der verschiedenen Verwaltungseinheiten. Viele Darstellungen in der Anhörungsbotschaft sind daher unvollständig und irreführend.

Bei gewissen Massnahmen wird durch die Reduktion der Ausgaben ein deutlicher Rückgang von Bundesbeiträgen in Kauf genommen. Dies gar auch dort, wo der dadurch verloren gegangene „Return on Investment“ so offensichtlich ist, dass er sogar in der Anhörungsbotschaft erwähnt ist. Wie man dies unter Nachhaltigkeit subsumieren will, erschliesst sich den Grünliberalen nicht.

Sowohl Einnahmenseite sowie auch die Personaldiskussion wurden vernachlässigt in der Hoffnung, es sei einfacher, Leistungen zu kürzen als Steuern zu erhöhen oder Personal zu entlassen.

Die Grünliberalen fordern eine Ergänzung mit den Auswirkungen der „Massnahmen in Kompetenz des Regierungsrats“ (öffentlich zugängliche Information).

### **Lösungsansätze aus grünliberaler Sicht:**

- Die überwiesene Motion zu den Grundbuchgebühren soll nicht umgesetzt sondern abgeschriebe werden. Angesichts der jetzigen Situation ist eine Einnahmenreduktion nicht zu verschmerzen. Die Grundbuchgebühren wiegen zumindest einen Teil der wegfallenden Nationalbank-Einnahmen auf.
- Bei allen Gebühren ist darauf zu achten, dass sie kostendeckend erhoben werden. Gebühren welche bereits heute oberhalb des Kostendeckungsgrad liegen sind (im Grundsatz) bis auf weiteres so zu belassen.
- Der Personalbestand ist zu überprüfen. Ein Personalabbau scheint in gewissen Abteilungen sachgerecht, soll aber möglichst sozial gut verkraftbar geschehen.
- Ein grosses Sparpotential orten die Grünliberalen im Bereich Hochbau. Die Neuschaffung einer Kommission Hochbau sowie eine Verschiebung des IMAG ins Baudepartement sollen geprüft werden.
- Kostenverlagerungen hin zu den Gemeinden sollen möglich sein, wo sie sachgerecht sind. Sie dürfen aber dem Steuerzahler nicht als Sparmassnahmen verkauft werden, denn für sein Portemonnaie ändert sich damit nichts.

- Es soll geprüft werden, ob eine Verkleinerung der Anzahl Gemeinden positive Auswirkungen aufs Kantonsbudget haben könnte.
- In den Bereichen Informatik, Kommunikation (vgl. unsere Interpellation), Militär und Bevölkerungsschutz erwarten wir weitere Massnahmen.
- Der Strassenrechnung sollen ausgewiesene Folgekosten des Verkehrs - gemäss Verursacherprinzip - belastet werden können (vgl. unser Postulat).
- Kosten-Nutzen-Analysen sind bei allen Hoch- und Tiefbauten konsequent durchzuführen. Wo dies sträflicherweise nicht gemacht wurde, ist dies umgehend nachzuholen (u.a. A1-Zubringer Lenzburg, Südwestumfahrung Brugg).
- Umsetzen unserer weiteren Vorschläge gemäss Fragebogen.
- Um eine Steuererhöhung werden wir nicht herumkommen, insbesondere falls (allfällige) Ausschüttungen der Nationalbank nicht mehr im ordentlichen Budget eingerechnet werden sollten (wofür wir „buchhalterisch“ Verständnis hätten).

Wir Grünliberalen sind zuversichtlich, dass - in Ergänzung zum Fragebogen - auch obenstehende Einwände und Vorschläge bei der Überarbeitung der Vorlage angemessen berücksichtigt werden.

Freundliche Grüsse

Grünliberale Partei Kanton Aargau

Barbara Portmann

Grossrätin / Fraktionspräsidentin